

Schweizer Team zur Halbzeit an der Spitze

Die «Swiss Living Challenge» führt die Rangliste des Solar Decathlon an.

DENVER Das nur mit Solarenergie betriebene Haus «Neighbor Hub» der Universität Freiburg, der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg, der ETH Lausanne und der Hochschule für Kunst und Design Genf ist auf Goldmedaillenkurs. Nach fünf von zehn Wertungen beim Solar Decathlon im US-amerikanischen Denver führten die Schweizer die Rangliste mit 444044 Punkten an – gefolgt vom niederländischen Team mit 401817 Punkten und dem Team Maryland mit 392459 Punkten. Bei vier Teilwertungen – dem Faktor Architektur, dem Faktor Wasser, dem Faktor Gesundheit und Komfort sowie beim Faktor Wohnlichkeit – erreichte der «Neighbor Hub» jeweils das beste Resultat von allen elf Teilnehmern. Lediglich bei den integrierten Geräten musste sich das Team geschlagen geben. Alexandra Walther, Kommunikationsverantwortliche des Smart Living Lab, sprach gestern Abend von einer «exzellenten Performance». Das Schlussresultat wird für den Samstagabend (Schweizer Zeit) erwartet. *jcg*

War Solardach Ursache für Hausbrand?

MARLY Gestern Mittag schlug die Bewohnerin eines allein stehenden Einfamilienhauses in Marly Alarm, weil im Dach ein Brand ausgebrochen war. Ihr Hund hatte sie darauf aufmerksam gemacht. Die Feuerwehren von Marly und Freiburg rückten mit insgesamt 26 Leuten aus. Wie der Sprecher der Freiburger Kantonspolizei, Bernard Vonlanthen, gegenüber den «Freiburger Nachrichten» erklärte, konnten sie das Feuer schnell unter Kontrolle bringen, allerdings sei grosser Sachschaden entstanden. Verletzt wurde niemand. Die Route de Moulin musste für zwei Stunden gesperrt werden. Experten prüfen nun, ob ein technischer Defekt die Ursache für den Brand war – zum Beispiel an den Solarpanels, mit denen das Dach bestückt war. Aber auch anderen möglichen Ursachen werde nachgegangen, wie Vonlanthen sagte. *rsa*

Express

Ein Kind verletzt sich beim Bauern

MANNENS Am Mittwoch gegen 14 Uhr hat sich bei Mannens im Broyebezirk ein Kind bei der landwirtschaftlichen Arbeit auf einem Feld schwer verletzt. Der elfjährige Junge fuhr einen Arbeitskarren, während sein Vater Steine vom Feld auflud. Als der Sohn ausstieg, um auch einen Stein aufzuheben, drückte er aus Versehen mit der Hand das Gaspedal. Das Fahrzeug setzte sich in Bewegung und fuhr über den Unterkörper des Jungen. Das Kind musste mit dem Helikopter ins Spital geflogen werden. Seine Verletzungen sind nicht lebensbedrohlich, wie die Kantonspolizei mitteilt. *vau*

Was Südsudanese im Jura lernen

Für Eva Maria Belser, Co-Direktorin des Instituts für Föderalismus, hat der föderalistische Gedanke weiterhin eine grosse Zukunft. Sie spricht im Interview die Lage in Katalonien, Schottland, Kurdistan und Belgien an.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Das Institut für Föderalismus hat diese Woche im Freiburger Grenette-Saal eine internationale Konferenz zum Thema «Das Prinzip der Gleichheit in verschiedenen Staaten» organisiert. Eva Maria Belser, Co-Direktorin des Instituts, spricht im Interview über die Zielsetzungen dieser Tagung und die Zukunft des Föderalismus in diesen bewegten Zeiten rund um die katalanische Unabhängigkeitsdebatte.

Die internationale Vereinigung, welche dieses Treffen organisiert, wurde in den vier Jahrzehnten ihres Bestehens immer grösser. Warum?

Weil es immer mehr Staaten gibt, die föderalistisch aufgebaut sind oder mindestens teilweise föderalistische Strukturen aufweisen. Zu den Mitgliedern gehören auch Institute aus dem italienischen Südtirol, dem russischen Sibirien, Grossbritannien, Kanada, Australien und den USA.

Mitglieder sind aber nicht die jeweiligen Staaten, sondern nur einzelne Institute.

Genau. Man muss sich bei uns bewerben und kann nur Mitglied werden, wenn man unabhängig vom Staat ist. Institute aus Staaten, deren Föderalismus ganz jung ist, sind übrigens noch nicht dabei, so etwa aus dem Sudan, dem Südsudan oder dem Jura.

Sie pflegen aber Kontakte zu Forschern aus diesen Ländern.

Ja. Bei dieser Konferenz sind Gäste aus Nepal dabei. Und im Institut hatten wir auch schon Gäste aus dem Sudan und dem Südsudan, mit denen wir in den Kanton Jura gingen, um ihnen zu zeigen, wie sich dessen friedliche Abspaltung dort abspielte.

Das Thema der Konferenz ist die Gleichheit. Inwiefern?

Es geht darum, was für Ungleichheiten zwischen föderalistischen Provinzen oder Gliedstaaten bestehen können – beispielsweise in Bezug auf die Eheschliessungen von Homosexuellen. Letztlich versteht das auf die Frage, wie weit der Föderalismus reichen darf und wie viel Ungleichheit man innerhalb eines föderalistischen Staatsgebildes akzeptiert. Eine andere Frage ist diejenige, was passiert, wenn es innerhalb eines Staates unterschiedliche Auffassungen über dessen föderale Struktur gibt, wie etwa in Spanien oder auch im Norden Sri Lankas, wo die Tamilen den Föderalismus befürworten, die Singhalesen nicht.

Wie weit sollte denn die Selbstständigkeit von Gliedstaaten konkret gehen?

Darüber herrscht auch in der Forschung keine Klarheit. Es gibt Bereiche, wo Gliedstaaten oder Provinzen ihren eigenen Weg gehen sollen. Denn die meisten gesellschaftlichen Fortschritte sind von unten entstanden und dann von anderen kopiert worden. Daneben gibt es andere Bereiche, die zwingend für alle sind, etwa die Menschenrechte. So wurde etwa auch Appenzell-Innerrhoden eines Tages vom Bund



Eva Maria Belser, Co-Direktorin des Freiburger Instituts für Föderalismus, sieht die Lage in Katalonien sehr differenziert.

Bild Aldo Ellena

gezwungen, das Frauenstimmrecht einzuführen. Dasselbe gilt für die Religionsfreiheit und allgemein für politische Grundrechte. So muss ein Schweizer Kanton etwa immer eine Demokratie und darf nie eine Monarchie sein. Es geht um die zwingende Festlegung von Minimalrechten.

«Madrid hat den Dialog verweigert, was eine zutiefst unföderalistische Haltung darstellt.»

Eva Maria Belser
Föderalismus-Forscherin

Was bedeutet es für Ihr Institut, Gastgeber dieser Konferenz zu sein?

Es ist wirklich schön, bedeutet aber auch viel Arbeit. Natürlich ist es auch sehr ehrenvoll, denn meist bewerben sich verschiedene Institute um die Durchführung. Ich freue mich jedenfalls sehr. Die Konferenz ist für mich jedes Jahr ein Highlight. Denn überall auf der Welt, wo es Konflikte gibt, interessiert man sich für Föderalismus, und die Menschen aus den verschiedenen Ländern können diesbezüglich viel voneinander lernen. Für die Gäste der Konferenz ist es zudem sicher ein besonderes Erlebnis, in einer zweisprachigen Stadt zu Gast zu sein. Namentlich unsere äthiopischen Gäste haben sich für unsere Mehrsprachigkeit interessiert. Allerdings haben sie nicht zwei Sprachen, sondern deren 80.

Sie sagen, es gebe immer mehr föderalistische Staaten. Gehört dem Föderalismus die Zukunft?

Sicher wird sich der Föderalismus in Zukunft immer mehr differenzieren. Es gibt ja nicht nur die Ebenen des Staates und des Gliedstaates, sondern auch noch diejenige der Gemeinde. Daneben stehen auch supra- und internationale Strukturen wie die Europäische Union.

Man kann ausserdem sicher sagen, dass sich die Idee der Subsidiarität weltweit verbreiten wird – die Idee, die Kompetenzen jeweils bei der tiefstmöglichen Ebene anzusiedeln. In der Schweiz wird diese Idee derzeit sicher am ausgeprägtesten gelebt. Denn irgendwann kommen alle zur Einsicht, dass es einfach keine Alternative zum föderalistischen Staatsaufbau gibt. Allerdings gibt es 100 verschiedene Varianten, den Föderalismus zu leben. Auch bei den Staatstheoretikern ist der Föderalismus gegenwärtig weltweit die grosse Moderscheinung – ausser in der Schweiz, wo oft über den Kantönligest gelästert wird.

Was meinen Sie zur Situation in Katalonien?

Inzwischen geht es dort um eine veritable Sezession. Am Anfang waren die Forderungen der Katalanen bescheidener. Es ging um einen Autonomiestatus. Allerdings wurde den Katalanen vom obersten spanischen Gericht verboten, sich Nation zu nennen – und das scheint die Fronten verhärtet zu haben. Lange gab es in Katalonien moderate Kräfte, die den Dialog forderten. Doch den hat Madrid verweigert, was eine zutiefst unföderalistische Haltung darstellt. In der Schweiz heisst es immer: «Man

muss eben reden miteinander.» Und das ist ein ideales Sinnbild für den Föderalismus. Nur schon der Begriff stammt vom lateinischen «foedus», was einen Vertrag zwischen gleichwertigen Partnern bedeutet. Das hat Madrid verweigert, was die Katalanen zu immer extremeren Forderungen trieb. Auch das Referendum letzte Woche wurde von Madrid für verfassungswidrig erklärt.

In anderen Staaten war die Reaktion der Zentralregierung anders.

Genau. Im kanadischen Québec wurde ein ähnliches Referendum vom Verfassungsgericht ebenfalls für verfassungswidrig erklärt – und dennoch führte die Zentralregierung in Ottawa den Dialog fort.

Gibt es denn grundsätzlich ein Recht auf Sezession?

Selbstverständlich muss es ein solches Recht geben. Aber es darf nicht beliebig ausgelegt werden. Bedingungslos besteht es nur dann, wenn ein Volk von einem anderen kolonialisiert wurde oder wenn ihm unglaubliches Unrecht widerfahren ist.

Wie bei den Kurden im Irak?

Die haben seit der US-Intervention einen sehr starken Autonomiestatus und einen

Teil des Öls. Sie haben quasi schon einen unabhängigen Staat. Die Kurden in Syrien sind gegenwärtig in einer viel schwierigeren Situation.

Und Schottland?

London hat auf Schottlands Unabhängigkeitsbestrebungen viel souveräner reagiert als Madrid auf diejenigen Kataloniens. London hat sich nämlich dem Dialog mit Schottland nie verweigert.

In Belgien scheint der Föderalismus auf der Kippe zu stehen.

Ja, die Situation dort bleibt speziell. De facto existieren dort eigentlich schon heute zwei Staaten, die nur durch den EU-Sitz in Brüssel zusammengehalten werden. Ohne den wäre das Land vielleicht schon auseinandergebrochen.

Welche Rolle spielt die Europäische Union?

Sie könnte eher noch zur weiteren Zersplitterung von Staaten führen. Namentlich der Kosovo wurde durch die Existenz der EU sicher zur Unabhängigkeitserklärung ermutigt. Letztlich ist aber immer alles verhandelbar. Ich verstehe es nicht, wenn man sagt, die Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz sei nicht verhandelbar.

Föderalismus-Studien

Freiburg war 1977 ein Gründungsmitglied

Die International Association of Centers for Federal Studies (Internationale Vereinigung der Zentren für Föderalismus-Studien) setzt sich aus staatsunabhängigen Forschungsinstitutionen aus rund 30 föderalistischen Staaten zusammen und feiert dieses Jahr ihr 40-jähriges Bestehen. Das Freiburger Institut für Föderalismus war eines der Gründungsmitglieder.

Einmal im Jahr treffen sich die Direktoren für eine internationale Konferenz. Dieses

Jahr ist Freiburg an der Reihe, die letzten zwei Jahre fand der Anlass in Indien und Kanada statt, 2018 ist er in Australien zu Gast. Jedes Mal steht ein aktuelles Thema im Mittelpunkt. 2016 war es der Schutz von Minderheiten, dieses Jahr ist es die Gleichheit in föderalistischen Staaten, die aus verschiedenen geografischen und inhaltlichen Perspektiven diskutiert wird.

Insgesamt nehmen gegen 60 Personen an der zweitägigen Tagung in der Saanestadt teil,

darunter die Direktorinnen und Direktoren der beteiligten Föderalismus-Institute sowie rund 20 weitere Experten aus den Rechts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften, die sich mit der Organisation von Staaten und der Beilegung von Konflikten befassen.

Anschliessend an die Konferenz wird ein Tagungsbericht mit Beiträgen aller Referenten erstellt, der als wissenschaftliche Publikation bei einem grossen internationalen Verlag erscheinen wird. *jcg*